

Parl. Staatssekretärin Katherina Reiche

- (A) dass unser Weg erfolgreich ist und dass andere Länder diesem Weg folgen.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Es gibt eine Nachfrage unserer Kollegin Frau Ute Vogt.

Ute Vogt (SPD):

Frau Staatssekretärin, wenn Sie schon aufgrund Ihrer Verantwortung und aus Sorge um die Sicherheit der Bevölkerung die Nutzung der Hochrisikotechnologie in Deutschland zum Ende bringen, geböte es die Sorge um die Sicherheit der Menschen auch in unserem Land dann nicht, dass Sie nicht nur werben, sondern mit konkreten Initiativen auf die Abschaltung insbesondere der grenznahen Atomkraftwerke hinwirken?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin Vogt, ich kann mich nur wiederholen: Die Bundesregierung kann ihre eigene Strategie und auch den Erfolg ihrer Strategie als bestes Überzeugungsbeispiel dafür nehmen, dass Wachstum auch ohne Kernkraft möglich ist. Im Übrigen habe ich auf die Gespräche zum europäischen Stresstest für Kernkraftwerke verwiesen. Auch hier sind wir mit konkreten Vorschlägen und Definitionen dabei. Darüber hinaus haben wir aber keine Einflussmöglichkeit.

- (B) Ich frage mich, ob Sie diese Frage jetzt wissentlich oder unwissentlich gestellt haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Regierung in anderer Konstellation einen Mehrheitsbeschluss darüber fassen würde, die französische Regierung zu zwingen, aus der Kernenergie auszusteigen. Zumindest ich kann mir das nicht vorstellen.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Frau Kollegin Johanna Voß hat eine Nachfrage.

Johanna Voß (DIE LINKE):

Danke schön. – Frau Staatssekretärin, sicherlich könnte man diesbezüglich keine direkten Gespräche mit Frankreich führen. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass Deutschland und Frankreich Gründerstaaten des Euratom-Vertrages sind; wir sind da Vertragspartner. Dieser Vertrag sieht in Art. 1 vor, dass sich Deutschland darum bemüht, überall die friedliche Nutzung der Atomkraft voranzutreiben und zu fördern. Meine Frage: Wie viel Geld gibt die Bundesregierung dafür in diesem Jahr aus? Wie viel Geld ist eingeplant, um atomare Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Rahmen des Euratom-Vertrages weiterhin zu unterstützen?

Außerdem: Könnte hier nicht die Bundesregierung ihren Einfluss geltend machen und aus dem Atomfördervertrag einen Atomausstiegsvertrag entsprechend der nationalen Gesetzgebung machen?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: (C)

Die Frage zum Geld kann ich nicht beantworten. Eine entsprechende Vertragsänderung, wie Sie sie vorschlagen, planen wir nicht.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Weitere Frage unseres Kollegen Ulrich Kelber.

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Staatssekretärin, worin liegt der Unterschied zwischen den Atomkraftwerken Cattenom und Temelin? Bei Cattenom möchte eine von Union und FDP gebildete Bundesregierung keinen Einfluss auf den Nachbarn ausüben, aber bei Temelin möchte eine von Union und FDP geführte Landesregierung Einfluss auf ihren Nachbarstaat ausüben, um die Nutzung dieses Atomkraftwerks zu beenden.

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Kollege Kelber, ich spreche hier für die Bundesregierung und habe – auch schon in der Fragestunde – mehrfach dargelegt, was wir auf europäischer Ebene tun und wo die Dialoge stattfinden. Insofern ist Ihre Frage mehrfach beantwortet. Allerdings stelle ich mir die Frage: Wenn es der SPD mit einem noch schnelleren Ausstieg so ernst ist, wieso gab es dann seitens des Bundesumweltministers Gabriel oder auch seitens der rot-grünen Bundesregierung (D)

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Das ist keine Debatte!)

keine Initiativen, andere Länder zum Ausstieg aus der Kernenergie zu bewegen?

(Ulrich Kelber [SPD]: Darf ich auch antworten, wenn mir eine Frage gestellt wird? – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Das war eine rhetorische Frage.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ich nehme das als Frage an die künftige Regierung!)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Der Kollege Kelber verzichtet darauf, auf eine rhetorische Frage noch eine Frage zu stellen.

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Kelber, ich habe ja mich gefragt.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Das ist geklärt.

Ich rufe Frage 9 unserer Kollegin Dr. Bärbel Kofler auf:

Zu welchem Zeitpunkt wird das überarbeitete kerntechnische Regelwerk förmlich in Kraft gesetzt, und wie wird si-